

Heute treten die eidgenössischen Räte zur Frühjahrsession zusammen. Wir stellen eine Auswahl Berner Parlamentarier drei Fragen zu Themen, die in den nächsten drei Wochen behandelt werden.

BEARBEITUNG: ANDREAS TOGGWEILER

«Es geht um mehr als die UBS»

Berner Parlamentarier sagen ihre Meinung zu Geschäften der Session

	Soll der Bund der UBS ein weiteres Mal aus der Patsche helfen und das Amtshilfegesuch der USA genehmigen?	Unterstützen Sie die Abzocker-Initiative?	Wie dringlich ist die Senkung des CO₂-Ausstosses (CO₂-Gesetz, Volksinitiative)?
Johann Niklaus Schneider Nationalrat FDP 	Wir brauchen eine Lösung. Die nachträgliche Genehmigung des Abkommens durch das Parlament ist mir dabei die Unangenehmste. Ich meine, dass dadurch ein Präjudiz geschaffen wird, das falsche Signale setzt. Wir nehmen die UBS nicht aus Gefälligkeit aus der US-Schusslinie, sondern weil wir die volkswirtschaftlichen Interessen der Schweiz verteidigen. Die bevorstehenden Diskussionen sind mir wichtig, um eine abschliessende Meinung zu bilden.	Nein, die Bestimmungen sind unausgewogen und greifen zu weit oder fehl. Ich will aber Korrekturen, um künftige Vergütungs-Exzesse zu verhindern. Diese müssen unmissverständlich und durchsetzbar sein! Ich kämpfe seit langem für einen griffigen Systemwechsel. Meine Energie stecke ich in einen indirekten Gegenvorschlag, welcher der Abzockerei Einhalt gebietet. Der Wirtschaftsstandort Schweiz wird dadurch glaubhafter und bleibt attraktiv.	Der Klimawandel ist ein Fakt und damit auch die Tatsache, dass wir die Emissionen von CO ₂ und anderen Treibhausgasen weltweit reduzieren müssen. Der Energiebedarf wächst und noch spielen fossile Energieträger eine wichtige Rolle. Meine MEM-Industrie reduziert den CO ₂ -Ausstoss permanent und unterschreitet die Grenzwerte seit langem sehr zuverlässig. Mit dieser Erfahrung stehe ich den anstehenden Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüber.
Andrea Geissbühler Nationalrätin SVP 	Das Bundesverwaltungsgericht ist zum Schluss gekommen, dass der Bundesrat das Abkommen nicht hätte abschliessen dürfen. Zudem verletzt das Abkommen durch die faktische Gleichstellung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung die eigenen Gesetze und somit die Rechtsstaatlichkeit. Das Amtshilfegesuch ist deshalb abzulehnen und die durch das Verfahren entstandenen Kosten von fast 40 Mio. Fr. sollen von der UBS zurückgefordert werden.	Dass die UBS im Jahr 2009 trotz eines Verlusts von 2,74 Milliarden Franken noch fast 3 Milliarden Franken an variablen Vergütungen ausbezahlt hat, zeigt deutlich, dass eine Mässigung und Selbstregulierung in diesem Bereich ganz offensichtlich nicht funktioniert. Ziel der Initiative ist es, diese Lohn- und Boni-Exzesse mittels Stärkung der Aktionärsrechte zu verhindern. Deshalb unterstütze ich die Initiative.	Umweltschutz ist in jedem Fall ein legitimes und wichtiges Anliegen. In Bezug auf CO ₂ ist jedoch mittlerweile eine wahre Hysterie ausgebrochen, die mit der Realität nicht mehr viel zu tun hat. Die Verhandlungen in Kopenhagen haben gezeigt, dass insbesondere China jegliche Kooperation verweigert. Wir müssen daher aufpassen, dass wir nicht autonom unsere Wettbewerbsfähigkeit auf das Spiel setzen für etwas, das heute masslos übertrieben wird.
Margret Kiener Nellen Nationalrätin SP 	Ja, aber nur gegen 3 wichtige Bedingungen: 1. Das Bankengesetz muss für die Grossbanken UBS und CS jetzt verschärft werden, bevor die nächste Krise kommt. 2. Alle Boni über 1 Million sind direkt bei der Bank zu besteuern. 3. Die UBS muss garantieren, dass sie allfällige Verluste aus den bei unserer Nationalbank deponierten faulen Papieren von noch rund 20 Milliarden übernimmt. Die Politik muss jetzt handeln, bevor die nächste Finanzkrise kommt!	Ja. Der Abzockerei ist endlich ein Riegel zu schieben. Und: Die SP will diese wichtige Initiative rasch vors Volk bringen. Die SVP und Teile von FDP und CVP versuchen das zu verhindern. Alle normal arbeitenden und verdienenden Menschen werden durch das Abzockersystem verschaukelt. Besonders die Frauen, die in der Schweiz durchschnittlich immer noch 20% weniger verdienen als Männer für gleichwertige Arbeit.	Sehr dringend. Was ist wichtiger als der Schutz von Mensch und Umwelt? Die Schweiz ist bereits von der Erderwärmung betroffen (Gletscher, Erdrutsche, Hochwasser). Eine Senkung des CO ₂ um 30 Prozent ist nötig. Dank erneuerbaren Energien werden Arbeitsplätze geschaffen. Übrigens: 2010 werden erstmals 647 Millionen Fr. CO ₂ -Abgaben an die Privathaushalte und die Unternehmen zurückverteilt. Die CO ₂ -Abgabe versickert also nicht!
Walter Donzé Nationalrat EVP 	Der Bundesrat hat im Interesse des Landes gehandelt und grösseres Unheil für den Ruf der Schweiz, für die Wirtschaft und letztlich auch für die Bankkunden abgewendet. Er wurde von der Justiz zurückgepfiffen und muss jetzt die Legitimation des Parlaments einholen. Es geht nicht um «ein weiteres Mal», sondern um Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit. Das Abkommen soll genehmigt werden.	Die EVP hat die Abzocker-Initiative zunächst grundsätzlich begrüsst, aber von Anfang darauf hingewiesen, dass sie Elemente enthält, die nicht dienlich sind. Ich habe dafür gestimmt, dass sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag vors Volk kommen. Ich gehe aber davon aus, dass der Gegenvorschlag in der endgültigen Fassung die bessere Lösung ist.	Wir können und müssen endlich unseren Beitrag zur Senkung des CO ₂ -Ausstosses leisten. Ich unterstütze die Initiative und die strengere Fassung des Gesetzes mit der Ausnahme fürs Berggebiet. Die Landwirtschaft ist zum Teil auf die robusten Fahrzeuge angewiesen. Im Ausland sollen aber die gleichen strengen Vorschriften gelten.
Adrian Amstutz Nationalrat SVP 	Dieser vom Bundesrat rechtswidrig abgeschlossene Vertrag wird im Parlament so oder so gutgeheissen. Bundesrat und Mitteparteien sind sogar bereit, dafür die linke Forderung nach einer neuen, wirtschaftsfeindlichen Unternehmenssteuer zu akzeptieren. Unter der Bedingung, dass auf die neue Steuer verzichtet wird und künftig solche Verträge zwingend dem Parlament vorgelegt werden, stimme ich zu. Ohne diese beiden Zusicherungen, stimme ich nein.	Ja. Nachdem SP, FDP und CVP im Parlament gezeigt haben, dass sie das Abzockerproblem nicht lösen, sondern dem Volk mit einem zahnlösen Gegenvorschlag Sand in die Augen streuen wollen, bin ich klar für die Abzockerinitiative. Der Vorschlag von Mitte-Links schiebt das Abzockerproblem auf die lange Bank, statt dieses, wie nach dem von Initiant Minder unterstützten SVP Antrag, mit einer Gesetzesrevision wirksam und rasch zu lösen.	Ja zu einer schrittweisen Senkung, aber Nein zum Alleingang der Schweiz. Unser Land verursacht nur 0,1 Prozent am weltweit produzierten CO ₂ , und es ist die Schweiz, die dank grossen freiwilligen Anstrengungen der Wirtschaft die Vorgaben des Kyoto-Protokolls erfüllen wird. Die Reduktionsziele sind auf internationale Regelungen auszurichten. Einen schweizerischen Alleingang, der die Wirtschaft schwächt und Arbeitsplätze vernichtet, lehne ich strikt ab.
Christa Markwalder Nationalrätin FDP 	Ja, das Amtshilfeabkommen mit den USA muss ratifiziert werden, denn das gute Verhältnis Schweiz-USA steht (einmal mehr) auf dem Spiel. Letztlich geht es um die Abwägung von zwei Interessen: Wollen wir amerikanische Steuerhinterzieher schützen oder wollen wir der schweizerischen Exportwirtschaft den Absatzmarkt USA garantieren? Ich bin klar der Auffassung, dass wir uns auf die Seite der Exportwirtschaft stellen sollten.	Nein, denn die Annahme der Abzocker-Initiative durch das Volk würde dem Unternehmensstandort Schweiz und unserem Wohlstand klar schaden. Ich unterstütze hingegen alle vernünftigen Gegenvorschläge auf Verfassungs- und Gesetzesstufe, die den Aktionären im Rahmen einer anerkannten «Corporate Governance» mehr Rechte einräumen.	Die Senkung des CO ₂ -Ausstosses ist auch für die Schweiz eine Pflicht. Im Rahmen der internationalen und europäischen Vereinbarungen müssen wir unseren Beitrag zur Senkung des CO ₂ -Ausstosses leisten. Dabei sollen auch sinnvolle Projekte gegen den Klimawandel im Ausland unterstützt werden können, denn wir sind alle von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen.
Ricardo Lumengo Nationalrat SP 	Das Ganze hat einen Erpressungscharakter: Die Banken brocken uns die Finanzkrise ein, und nachher brauchen sie die Hilfe des Staates. Aber die UBS ist volkswirtschaftlich zu wichtig und unsere Aussenwirtschaft zu verflochten mit den USA. Doch ein Amtshilfegesuch muss an klare Auflagen gebunden sein: Es braucht eine starke Regulierung der Grossbanken. Und die Banken sollen finanzielle Verantwortung übernehmen, z. B. durch eine Boni-Steuer.	Ja, aber es reicht nicht. Ja, weil auch in der Schweiz die hohen Einkommen davonrasen und wir bei den Managern amerikanische Verhältnisse haben. So ist es kein Zufall, dass die Einkommensungleichheit zunimmt. Abzocker-Saläre summieren sich zu Vermögen. Und punkto Vermögensungleichheit steht die Schweiz im OECD-Vergleich schlecht da. Es braucht die Abzocker-Initiative, ein Ja zur Steuergerechtigkeitsinitiative und eine nationale Erbschaftssteuer.	Eine Reduktion des CO ₂ -Ausstosses um 30% trägt zum wirtschaftlichen Fortschritt und zur Erhaltung der Lebensqualität der Schweiz bei. Damit wäre der Anschluss an die Entwicklung internationaler Umwelt-Technologien möglich. Den Vorschlag des Bundesrates, den Ausstoss nur um 15% zu reduzieren, erachte ich dagegen als einen Fehler. Diese Reduktionsziele genügen nicht, um die Klimaerwärmung auf weniger als 2 Grad zu begrenzen.
Werner Luginbühl Ständerat BDP 	Ja, ich werde dem Vertrag zustimmen. Die Risiken für unser Land, die aus einer Ablehnung entstehen können, sind mir einfach zu gross. Die Schweiz hat die Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden. Die Staatsverschuldung ist im Vergleich zu den anderen Ländern tief. Es wäre falsch jetzt irgendwelche Abenteuer zu wagen, die unserem Land grossen Schaden zufügen könnten.	Das Anliegen ist berechtigt. Die unglaublichen Löhne, die zum Teil bezahlt werden, sind nicht akzeptabel. Die Initiative hat aber einige Schwachstellen. Die Rechtskommission des Ständerats, der ich angehöre, will nun einen indirekten Gegenvorschlag erarbeiten, der diese Defizite beseitigt.	Die Schweiz muss ihren Beitrag zur Senkung des CO ₂ -Ausstosses leisten. Dabei kann sie durchaus eine gewisse Vorreiterrolle übernehmen, weil aktiver Klimaschutz die Innovation fördert und Arbeitsplätze schafft. Das Ziel des Bundesrates, den CO ₂ -Ausstoss bis 2020 um 20% zu reduzieren, ist sicher das Mindeste, was angestrebt werden muss. Dabei muss ein namhafter Anteil im Inland eingespart werden.
Simonetta Sommaruga Ständerätin SP 	Der Bund sollte zwei Dinge tun: Der UBS helfen und gleichzeitig Massnahmen ergreifen, damit solche Situationen in Zukunft verhindert werden. Grossbanken brauchen strengere Regeln, weil sie über eine faktische Staatsgarantie verfügen. Als frühere Feuerwehr-Vorsteherin finde ich: Wir können nicht nur Brände löschen. Es braucht auch Massnahmen für die Brandverhütung. Deshalb stimme ich dem Abkommen nur zu, wenn wir auch vorsorgen.	Die Aktionäre brauchen mehr Rechte, um die masslose Selbstbereicherung in gewissen Unternehmen zu verhindern. Allerdings sollten wir nicht naiv sein: Es gibt auch unter den Aktionären so genannte «Abzocker». Die einfachste Lösung ist die Initiative 1:12 der JUSO. Wenn in einem Unternehmen der Chef pro Monat so viel verdient wie andere Angestellte pro Jahr, dann müsste das doch eigentlich reichen.	Die Senkung des CO ₂ -Ausstosses ist dringend. Und zwar, weil die Schweiz als Binnenland von der Klimaerwärmung besonders hart getroffen wird. Kommt hinzu, dass der Klimaschutz eine Zukunftsbranche ist. Wer heute die besten Technologien entwickelt, hat auch wirtschaftlich die Nase vorn. Gute Gründe also, um uns ehrgeizige Ziele zu setzen!